

S 7. Okt. 76 1 8

s.C.41.107.6.1. - KI/gi

Bern, den 7. Oktober 1976

VERTRAULICHNotiz an Herrn Minister Zwahlen

Kurzbericht über die Sitzung der  
bundesrätlichen Energiedelegation  
vom 6. Oktober 1976

1. Energiekommission KIWZ Orientierung über die Arbeiten

Herr von Tscharner orientierte über den bisherigen Verlauf der Arbeiten in Paris und über die Aussichten für einen Abschluss. In einer sehr kurzen Diskussion kam Herr BR Ritschard auf die Preisphilosophie (auch Indexierungsfragen) zu sprechen und meinte, dass wir gegen künftige Preiserhöhungen nicht allzu viel Sperrfeuer abgeben sollten, da Sperrmassnahmen bei uns in erster Linie über die Preise erfolgen müssen. Nachdem Herr Zangger gewisse Sympathien für mechanische Anpassungen der Preise gezeigt hatte, unterstrich Herr Jolles erneut die Problematik einer Indexierung. Wenn auch eine solche an sich für uns nicht so ungünstig herauskommen würde, so muss man doch bedenken, dass die OPEC daneben trotzdem auch an einer autonomen Festsetzung der Preise festhält. Ausserdem müssen wir ein Präjudiz für die übrigen Rohstoffe vermeiden. BR Ritschard doppelte nach und sagte, dass die Indexierung Ungerechtigkeiten schaffe und deshalb nicht erwünscht sei.

2. Herabsetzung der Abhängigkeit der Energieversorgung der IEA-Staaten vom importierten Erdöl

Die bundesrätliche Delegation kam zum Schluss, dass man diesem Vorhaben der IEA grundsätzlich zustimmen könne. Nach Ansicht von BR Ritschard müssen wir uns als Mitgliedland der IEA solidarisch zeigen, wenn auch moderiert. Wir sollten allerdings in dieser Angelegenheit vermeiden, Wortführer zu sein, da ja unsere internen Möglichkeiten sehr beschränkt sind. BR Ritschard zeigte ein gewisses Verständnis für die Politik der Produzentenstaaten und insbesondere auch Saudi-Arabiens, wenn sie sich in ihrer Produktion zurückhaltend zeigen. Diese Staaten müssen auch an ihre Zukunft denken. Wir sollten einen Kollisionskurs mit der OPEC vermeiden. Wenn es nämlich zu einer Kollision käme, würden die OECD-Länder,

./.





wie dies bereits früher geschah, wieder auseinanderfallen. BR Brugger erachtet das LTEA als ausserordentlich heiklen Bericht, da er die Schwächen der Industriestaaten im Energiebereich so deutlich aufzeigt. Das LTEA wäre eine phantastische Waffe für die Produzenten. Daher müssen wir zusammen mit einer Veröffentlichung auch unseren politischen Willen zeigen, mit diesen Problemen so weit als möglich fertig zu werden. Wir müssen eine Absichtserklärung mitliefern.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die Kritik der IEA an der Schweiz bezüglich ihrer Sparanstrengungen gesprochen. BR Ritschard war der Ansicht, dass wir uns nicht einfach Vorwürfe machen lassen sollten. Sicher sollten wir uns anstrengen, aber man kann an unseren politischen Realitäten nicht vorbeisehen. Wir sind in den internationalen Beziehungen oftmals zu ehrlich und glauben erst noch den anderen Ländern, dass sie auch tatsächlich alles unternehmen, was sie der IEA gegenüber deklarieren. Auch nach BR Brugger handelt es sich bei den ausländischen Massnahmen oftmals um Scheinaktionen. Das kann nicht unser Weg sein. Wir sind mit unserer Ehrlichkeit international nicht schlecht gefahren.

Ebenfalls unter diesem Abschnitt wurde auch über die gesetzlichen Grundlagen für Sparmassnahmen gesprochen. Dabei äusserte BR Brugger die Idee, dass energiepolitische Sparmassnahmen wahrscheinlich leichter zu verkaufen wären, wenn dabei auch der Umweltschutz in den Vordergrund gerückt würde. Wir können kaum auf den Energieartikel warten. Zumindest einige Sparmassnahmen müssten schon früher in Kraft gesetzt werden können.

### 3. Bundesbeschluss über die Durchführung des IEP (Beteiligung an gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekten)

BR Ritschard findet die Teilnahme der Schweiz an solchen Forschungsverträgen wichtig. Allerdings wird diese im Einvernehmen mit der Leitung des noch zu schaffenden privatwirtschaftlichen Fonds erfolgen müssen.

In einer anschliessenden Sitzung, an welcher die Herren Bundesräte nicht mehr teilnahmen, wurden zwischen Vertretern des AEW, der HA und der JA die sich im Zusammenhang mit diesem Fonds stellenden schwerwiegenden juristischen Fragen diskutiert. Der Bund kann nicht leichtfertig Staatsverträge abschliessen, bei denen sich die Finanzierung auf einen privatwirtschaftlichen Fonds abstützt, der noch nicht ins Leben gerufen ist.

Kopie an PY

(Kündig)

S - 7. Okt 76 18